

HESSENBRIEF

Kommunalpolitische Ideen- und Informationsbörse der KPV

Information:

Doppik als Instrument
der Steuerung

▶▶Seite 4

Bildung:

Sicher präsentieren-
politische Wirkung erzielen

▶▶Seite 8

Beratung:

Juristische Gutachten

▶▶Seite 13



Fortbildung

**Eine Investition in Wissen
bringt immer noch die
besten Zinsen***

*Benjamin Franklin (1706-90)

Konferenz für Bürgermeister und 1. Stadträte am 9. Oktober 2009
in der Sportschule des Landessportbundes in Frankfurt



Liebe KPV-Freunde, liebe Hessenbrief-Leserinnen und -Leser,

der Ausgang der Europawahl im Juni hat trotz Einbußen im Vergleich zum Wahlergebnis von 2004 eines sehr deutlich gezeigt: Die Union ist nicht nur in Hessen, sondern auch im Bund in der Lage, zusammen mit der FDP eine bürgerliche Mehrheit zu stellen. Im Vergleich zur letzten bundesweiten Wahl (BTW 2005) hat die CDU 2,7 Prozent hinzugewonnen. Das ist für die anstehende Bundestagswahl am 27. September 2009 ein gutes Signal. Wir müssen jetzt die vor uns liegenden drei Monate dazu nutzen, den Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, dass nur mit der CDU ein schneller Weg aus der Wirtschaftskrise gefunden werden kann. Dabei hilft uns die Konzentration auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und die klare Botschaft, dass der Staat keine Hilfen an Unternehmen gewähren kann, die schon vor der Krise in eine Schieflage geraten oder durch hochspekulative Managemententscheidungen in eine solche gekommen sind.

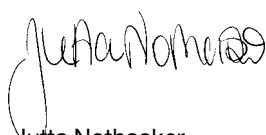
In der aktuellen Ausgabe des Hessenbriefs wird verdeutlicht, welche Steuerungsmöglichkeiten die Mandatsträger mit dem neuen Rechnungswesen „Doppik“ erhalten. Dieses wird deutlich besser sein als seine Vorgängerin, die Kameralistik. Es wird den Zusammenhang zwischen Zielen, den dafür einzusetzenden Produkten, den daraus resultierenden Kosten und die hoffentlich positiven Wirkungen auf die Zielerreichungskennzahlen abbilden. Ich bin davon überzeugt, dass die dadurch gewonnene Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen die Politikverdrossenheit der Öffentlichkeit sein wird. Über unseren Partner, die Hessische Akademie für politische Bildung können CDU-Fraktionen maßgeschneiderte Aus- und Fortbildungsangebote abrufen.

Das Seminar „Fraktionsmanagement“ des KPV-Bildungswerks ist auch in diesem Jahr wieder ein großer Erfolg gewesen. Darin bieten wir speziell für die Fraktionsführungen ein professionelles Lernumfeld an, um vor Ort Fraktionsarbeit wirkungsvoller managen zu können. Erfolgsfaktor Nummer eins für jede Fraktion ist dabei das gemeinsame Ziel; denn nur mit klaren Zielen, die gemeinsam von allen getragen werden, lassen sich später sinnvolle Entscheidungen treffen. Wer weiß, was er will und dies in Zusammenhänge einbetten kann und dabei auch entsprechende Prioritäten setzt, der wird nachhaltig Erfolg haben.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Angehörigen und Freunden eine erholsame Sommerzeit und ein weiterhin erfolgreiches Wirken in der kommunalen Familie.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre



Jutta Nothacker

Vorsitzende KPV-Bildungswerk

Inhalt Ausgabe 2/2009

Direktwahlen in Hessen 2009	3
Der neue Haushaltsplan als Instrument kommunalpolitischer Steuerung	4
Seminar Qualitätsmanagement	6
Neue Mitglieder im KPV-Landesvorstand	7
Seminar Präsentationstechnik	8
Kommunale Integrationspolitik messbar gestalten	10
60 Jahre Grundgesetz/ 20 Jahre Friedliche Revolution	11
Aus dem Land	12
Juristische Gutachten	13
Interessante Internetseiten	14
Buchbesprechung	15
Terminankündigung Bürgermeisterkonferenz	16

Impressum

Herausgeber:
KPV Informations-, Bildungs-
und Beratungswerk e.V.
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
www.kpv-ibb.de

Redaktion:
Alexander Zell, Geschäftsführer
(V.i.S.d.P.)
Stefan Spallek
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 1665-519
Fax: (0611) 1665-482

Bildnachweis:
Bilder auf Seite 1 und 11 www.fotolia.de

Gestaltung:
brandung3
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Die KPV gratuliert

Direktwahlen in Hessen 2009

26.04.2009

Landkreis Hersfeld-Rotenburg



Dr. Karl-Ernst Schmidt wurde mit 59,8 % der abgegebenen Stimmen erneut zum Landrat im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gewählt und tritt

somit seine zweite Amtsperiode an. Fast 60 % der Stimmen zu erreichen, das ist ein großer Vertrauensbeweis und eine Bestätigung dafür, dass er in den vergangenen sechs Jahren gute Arbeit geleistet hat.

Dr. Karl-Ernst Schmidt war 2003 überraschend erster CDU-Landrat in dem Kreis geworden, der lange von der SPD regiert wurde.

07.06.2009

Landkreis Bergstraße



Matthias Wilkes wurde von einer SPD-Kandidatin und einem Kandidat von Bündnis 90 / Die Grünen herausgefordert und wurde mit 57,5 % der

abgegebenen Stimmen erneut zum Landrat des Landkreises Bergstraße gewählt. Damit hat Matthias Wilkes im ersten Anlauf sein Amt verteidigt und tritt seine zweite Amtsperiode an. Vor sechs Jahren wurde mit dem Slogan „Frühling im Kreis Bergstraße“ der damalige Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Matthias Wilkes, aus dem Stand heraus mit 60 % Stimmanteil von der Bergsträßer Bevölkerung zum neuen Landrat gewählt.

Im Landkreis Bergstraße leben 264.000 Menschen in 22 Städten und Gemeinden, zur Wahl aufgerufen waren rund 200.000 wahlberechtigte Bürger. Der Bergsträßer Kreistag verfügt über 81 Sitze, von denen die CDU 34, die SPD 28, die Grünen 6, die Freien Wähler und die Freien Demokraten je 4, die Republikaner 3 und Die Linke 2 beanspruchen.

07.06.2009

Hadamar / Landkreis Limburg-Weilburg



Michael Ruoff wurde mit 61,2 % zum neuen Bürgermeister von Hadamar gewählt. Am 01.11.2009 wird er das Amt von Hans Beresko übernehmen, der nicht mehr zur Wahl angetreten war.

In einer ersten Einschätzung führte Michael Ruoff das gute Ergebnis auf seine Bekanntheit aus der vergangenen Wahl zurück, bei der er bereits gegen den damaligen Amtsinhaber angetreten war.

In der Stadtverordnetenversammlung hat die CDU 14 Sitze, die Freie Wählergemeinschaft Hadamar 9 Sitze, die Partei „Wir für Hadamar“ ist mit 8 Sitzen vertreten und die SPD mit 6 Sitzen.

07.06.2009

Heuchelheim / Landkreis Gießen



Lars Burkhard Steinz ist erster CDU-Bürgermeister in Heuchelheim. Mit 51,8 % der abgegebenen Stimmen hat er die Wahl gegen zwei Mitbewerber bereits im ersten Wahlgang

gewonnen. Das Votum der Bürgerschaft hätte deutlicher nicht sein können.

Seit 2001 regiert eine große Koalition aus SPD (9 Sitze) und CDU (8 Sitze) das politische Geschehen der Gemeinde Heuchelheim. Die Freie Wählergemeinschaft, Bündnis 90 / Die Grünen und die Kinzenbacher Vereinsinitiative mit je 4 Sitzen und die FDP mit 2 Sitzen bilden die Opposition in der Gemeindevertretung.

07.06.2009

Heusenstamm / Landkreis Offenbach



Peter Jakoby hat sein Bürgermeisteramt in Heusenstamm klar verteidigt, er bekam 70,9 % der abgegebenen Stimmen und tritt somit seine zweite Amtsperiode an. Die Wahlbeteili-

gung lag bei 52,8 %, zur Wahl aufgerufen waren rund 14.300 Wahlberechtigte.

Die Stadtverordnetenversammlung mit 37 Vertretern setzt sich zusammen aus CDU mit 19 Sitzen, SPD mit 7 Sitzen, Bündnis 90 / Die Grünen und die Freien Wähler je 4 Sitze und die FDP mit 3 Sitzen.

07.06.2009

Kelkheim / Main-Taunus-Kreis



Der langjährige Bürgermeister von Kelkheim, Thomas Horn, bleibt im Amt. Für den Christdemokraten stimmten 58,8 % der Wähler. Thomas Horn steht seit 14 Jahren an der Spitze der

Stadt, in der die CDU seit dem Zweiten Weltkrieg den Bürgermeister stellt. Die Stadt im Main-Taunus-Kreis hat rund 27.300 Einwohner, die Wahlbeteiligung lag bei 56,5 %. Die Stadtverordnetenversammlung mit 45 Vertretern setzt sich zusammen aus CDU mit 21 Sitzen, SPD und Unabhängige Kelkheimer Wählerinitiative mit je 8 Sitzen, die FDP mit 5 Sitzen, die Freie Wählergemeinschaft Kelkheim im Taunus e. V. mit 2 Sitzen und die NPD mit 1 Sitz.

07.06.2009

Limburg / Landkreis Limburg-Weilburg



Martin Richard hat sein Amt als Bürgermeister von Limburg erfolgreich verteidigt, 60,2 % der Wahlberechtigten haben ihm ihre Stimme gegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 46 %.

Martin Richard regiert seit 1997 die Stadt an der Lahn, er begann 1974 seine Karriere in der Kommunalpolitik.

Die Stadtverordnetenversammlung mit insgesamt 45 Vertretern setzt sich zusammen aus 23 Sitzen für die CDU, 11 Sitze für die SPD, 4 Sitze für Bündnis 90 / Die Grünen, 3 Sitze für die Freie Wählergemeinschaft Limburg und je 2 Sitze für die FDP und die Bürgervereinigung Zukunft Limburg.

Produkte sind nicht genug!

Der neue Haushaltsplan als Instrument kommunalpolitischer Steuerung

-- Voraussetzungen, Vorgehensweise und Erfolgsfaktoren --

Autor: Dr. Christian Winter



Die Randbedingungen kommunalpolitischer Haushaltssteuerung sind gegenwärtig von zahlreichen Einflüssen geprägt. Für den kommunalpolitischen Praktiker ist da zuvorderst die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik zu nennen. Der Begriff „Doppik“ ist hierbei bereits etwas unpräzise. Denn wenn im Kern die Doppik nur eine Kurzform für die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens nach dem Muster der Doppelten Buchhaltung bzw. der Finanzbuchhaltung war, ist der Begriff „Doppik“ mittlerweile ein Synonym für die Einführung von Produkthaushalten, Kosten- und Leistungsrechnung und eben einem neuen Rechnungswesen geworden.

Dieser Umstellungsprozess des Rechnungswesens fällt nicht per Zufall in eine Zeit, da die Kommunalpolitik und ihre Haushalte weitere zahlreiche Herausforderungen und Anforderungen bewältigen müssen: Steigende Erwartungen der Bürger an das kommunale Leistungsangebot bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen, Verschärfung des Wettkampfs der Regionen um Bürger und

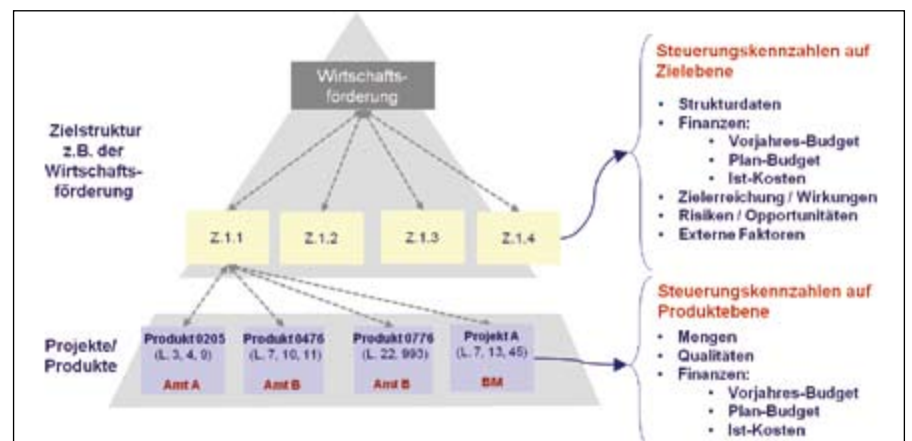
Gewerbe, Kommunalisierung staatlicher Leistungen und vieles mehr bei regelmäßiger Zunahme der Politikverdrossenheit der Bürger.

Die Diskrepanz zwischen wachsenden Anforderungen und Lösungen scheint aus Sicht der Kommunalpolitik nicht kleiner, sondern größer zu werden.

Doch wie kann es gelingen, die politischen Ziele, das „Politisch Gewollte“ auch zeitnah in einen konkreten Maß-

nahmenplan und einen konkreten Budgetansatz für die Verwaltung zu überführen? Wie kann es gelingen, dass erkennbar wird, was die kommunalpolitischen Ziele des nächsten Haushaltsjahres sind, was zur Erreichung dieser politischen Ziele an Produkten und Projekten der Verwaltung zu budgetieren ist, wo die Kommune bezüglich dieser Ziele steht und was die Erreichung dieser Ziele kostet?

Die traditionelle kamerale Inputsteuerung und Rechnungslogik eines Haushaltsplanes, konnte der Kommunalpolitik die geforderten Antworten nicht geben. Schon seit langer Zeit ist bekannt, dass die Grundthese „Mehr Input führt auch zu mehr Output und damit zu einer besseren Umsetzung des politischen Programms“ nur sehr begrenzt richtig ist. Ebenfalls ist bekannt, dass das kamerale Haushaltswesen aufgrund seiner alleinigen Abbildung zahlungsrelevanter Vorgänge keine nachhaltige und generationengerechte Haushaltsbewirtschaftung erlaubt. Die Ablösung der Kameralistik durch die doppelte Finanzbuchhaltung ist alleine vor diesem Hintergrund dringend geboten. Aber die Finanzbuchhaltung alleine kann nur die Rechnungswesenfunktion der Kameralistik mit einem



entsprechenden Informationsgewinn für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzwirtschaft ersetzen. Tatsächlich muss eine neue gemeinsame Sprache zwischen Gemeindevertretung und Verwaltung gefunden werden. Diese gemeinsame Sprache kann nicht alleine das Produkt in einer Produktgruppe des neuen produktorientierten Haushaltsplans sein, da in diesen starren Produkthierarchien nicht erkennbar werden kann, welchen politischen Zielen das Produkt dienen soll.

Die Entwicklung, die gegenwärtig erkennbar ist, zeigt in vielen produktorientierten Haushaltsplänen eine starke Inputorientierung mit den Begriffen des Produkthaushaltes auf: Den Produkten wird nach kameraler Art ein Budget in Summe als Input zugewiesen. Die Produktmenge und die Produktqualität bleiben unbestimmt. Die Produktgruppen und Bereiche sind den Ämtern fest zugewiesen und so entsteht für das einzelne Amt letztlich ein inputorientiertes Budget traditioneller Art.

Es darf nicht verwundern, wenn bei dieser Form der „neuen Budgetierung“ nicht die erwarteten Effizienz- oder Effektivitätsgewinnung entstehen können, denn dieses Modell hat letztlich dieselben Schwächen wie die traditionelle inputorientierte Kameralistik.

Eine Überwindung dieser Schwächen kann nur gelingen, wenn die Gemeindevertretung vor dem Hintergrund politischer Zielsysteme zum Besteller und Budgetierer der Verwaltungsprodukte wird. Die neue gemeinsame Sprache von Politik und Verwaltung muss das Produkt vor dem Hintergrund der politischen Ziele sein. Die folgende Abbildung verdeutlicht den Zusammenhang.

Aus dem gesamten Produktangebot der Verwaltung werden für jedes Ziel die Produkte nach Art, Menge und Qualität ausgewählt, die zur Erreichung der Ziele eingesetzt werden sollen. Dabei kann eine Reihe von Produkten für unterschiedliche politische Ziele hilfreich und erforderlich. Für jedes kommunalpolitische Handlungsfeld kann ein solches Zielsystem aufgebaut werden, einschließlich der relevanten Kennzahlen je Ziel.

Da jedes Produkt nur einen „Hersteller“ in der Verwaltung hat, können aus der Produktkalkulation „Stückpreis mal Menge“ aus allen Ziel-Produktsystemen die Ämterbudgets nach folgendem Schema auf einfache Weise berechnet werden.

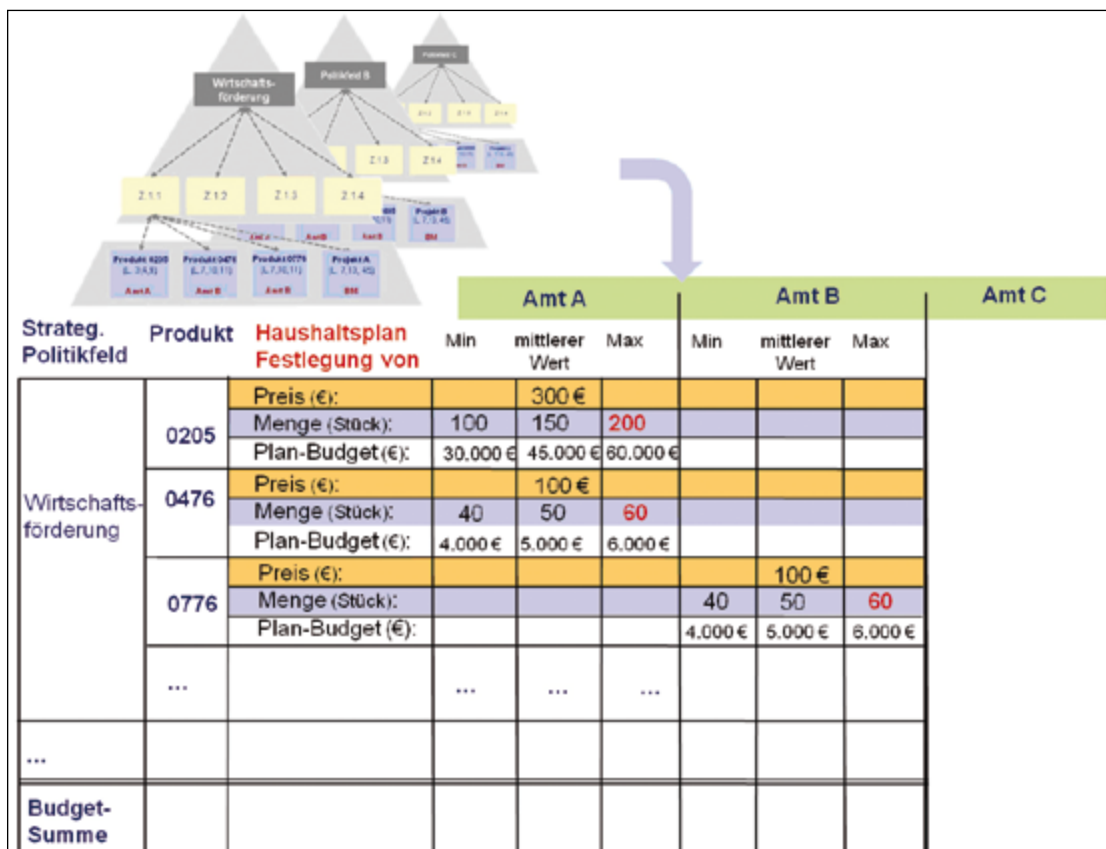
Der Gemeindevertretung wird für jedes politische Ziel deutlich, welche Produkte und Projekte hierfür eingesetzt werden sollen und welches Budget daraus resultieren wird.

Aus der Betrachtung über alle Ziel-Produktsysteme wird darüber hinaus deutlich, zu welchen politischen Handlungs-

feldern welches Amt wie viele Produkte in welchem Wert beiträgt. Da für eine Reihe von Produkten keine genauen Mengenangaben vorhergesagt werden können, können in diesem Fall Mengenkorridore zwischen einer minimalen und einer maximalen geplanten Menge angegeben werden.

Es wird erkennbar, dass diese Form der Ziel- und Wirkungsorientierten Budgetsteuerung zur Umsetzung des parlamentarischen Budgetrechts einige interessante Varianten bietet, so dass Experten von einer „Renaissance“ des parlamentarischen Budgetrechts sprechen. Insbesondere aber kann der Gemeindevertretung erstmals wieder transparent und nachvollziehbar der Zusammenhang zwischen ihren Zielen, den dafür einzusetzenden Produkten, den daraus resultierenden Kosten und den hoffentlich positiven Wirkungen auf die Zielerreichungskennzahlen verdeutlicht werden.

Zusammenhänge, die jedem Bürger das Lesen und Verstehen des Haushaltsplans ermöglichen und ein wirkungsvolles Mittel gegen die zunehmende Politikverdrossenheit sein können.



Qualitätsmanagement in Fraktionen auf kommunaler Ebene

Autor: Dr. Winfried Kösters



Ziel der CDU ist es, im politischen Wettbewerb der Parteien um die Stimmen der Wahlbürger/innen und damit um ihr Vertrauen die Nase vorn zu haben. Doch wie gelingt das? Zum einen verlieren die Bindungen der Parteien an die Bürger/innen an Kraft, die Menschen sind viel schneller bereit, ihr Kreuz bei anderen Parteien zu machen, zum anderen stehen diejenigen, die den Karren Kommunalpolitik ziehen, im Spannungsfeld, ihr Mandat mit den beruflichen und familiären Zielen in Übereinstimmung zu bringen. Für so manchen Menschen ist dies ein ständiger Spagat.

Das Bildungswerk der kommunalpolitischen Vereinigung Hessen, Informations- Bildungs- und Beratungswerk e. V. (IBB), hat dazu zwei eintägige Veranstaltungen angeboten, die speziell die Fraktionsvorsitzenden und ihre Geschäftsführer angesprochen haben. Der Tag gliedert sich grob in zwei Teile, einen inhaltlich-definierten sowie einen inhaltlich-offenen Teil.

Vormittags stand das Thema Zielfindung bzw. Zielformulierung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ein einführender Vortrag sowie eine Übung in Arbeitsgruppen vertieften die Einsicht, dass Politikgestaltung in Zukunft nicht ohne Ziele und Zielprioritäten auskommen wird. „Allein die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte, aber auch die demographischen Veränderungen der Gesellschaft erfordern eine klarere Zielfokussierung“, erläutert Dr. Winfried Kösters, Referent dieser Seminare. Kösters selbst ist

seit über 15 Jahren in der Kommunalpolitik und kennt daher Ämter und Mandate aus der Innensicht. Seine professionelle Ausbildung und Tätigkeit als Trainer, Berater, Moderator und Publizist erlauben die notwendige Ergänzung der externen Betrachtung. „Sie werden künftig nicht mehr das Geld haben, um alle Ziele zu verfolgen. Sie müssen Prioritäten setzen. Was ist Ihnen wichtig?“, so seine Kernfrage.

Seine Empfehlung: Kommunalpolitik strategisch zu steuern durch konkrete Zielsetzungen. Dies vereine vier Vorteile:

1. **Das Ziel gibt die Richtung vor.**
2. **Das Ziel bündelt Aktivitäten.**
3. **Das Ziel definiert die Organisation.**
4. **Das Ziel sorgt für Beständigkeit.**

Um strategisch zu steuern, ist es wichtig zu wissen, wohin Sie wollen. Eine erste Orientierung bieten die nachstehenden fünf Fragestellungen:

1. Welche Veränderungen kommen in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf unsere Kommune zu?
2. Welche Chancen stecken für unsere Kommune in diesen Veränderungen?
3. Welche Herausforderungen und Risiken stecken in diesen Veränderungen?
4. Wie kann und soll unsere Kommune in fünf bis zehn Jahren aussehen?
5. Was müssen wir jetzt dafür tun?

Im Rahmen des strategischen Managements bieten sich drei kreative Denkstrategien an:

Querdenken: Was machen andere, um die Zukunft ihrer Kommune aktiv zu gestalten? Wie gehen andere Branchen, Akteure, Länder mit dieser Herausforderung um?

Hinein-Denken: Was denken die Menschen, um die es geht? Wie empfinden jene Zielgruppen die Veränderungen, die zum Beispiel demographisch bedingt den Alltag verändern werden?

Vor-Denken: Welche zukünftigen Trends gilt es mit zu berücksichtigen?

Zukunft gestaltet der, der Ziele formuliert, der weiß, wohin er will. Es gilt dabei fünf Kriterien bei der Zielbestimmung zu beachten:

Formulieren Sie Ihr Ziel positiv!

Ihr Ziel soll durch eigene Aktivitäten erreichbar sein!

Sie sollten Ihr Ziel, so wie Sie es formuliert haben, sinnlich konkret wahrnehmen können!

Sie sollten den Kontext Ihrer Zielbestimmung beschreiben können!

Überprüfen Sie Ihr Ziel mit Ihrem Lebensumfeld!

Der Nachmittag war offen gestaltet. Das heißt, dass die Teilnehmenden ihre Themen, die sie gern mit den Kollegen besprechen möchten, benannt haben. Anschließend wurden Schwerpunkte gebildet, die dann in den Arbeitsgruppen mit konkreten Lösungen versehen werden sollten. Auf diese Weise erfolgt der immer wieder gern gesehene Austausch über die kommunalen Grenzen hinweg, aber ebenso eine gemeinsame Entwicklung von konkreten Problemlösungen, die jeder Teilnehmende mit nach Hause nehmen konnte.

Die Seminare am 9. Mai 2009 in Neu-Isenburg und am 4. Juli 2009 in Alsfeld-Eudorf sind von den je ca. 20 Teilnehmenden durchweg als gelungen bezeichnet worden. Die Erwartungen seien erfüllt worden, man habe gelernt, „mehr an den Zielen zu arbeiten“. Ein Teilnehmender sagte, dass dieses Seminar sogar „überraschend gut“ gewesen sei, ein anderer wiederum räumte unumwunden ein, „gelernt zu haben“. Der Blick sei „geweitet“, der „Akku aufgeladen“ worden. Neben dem theoretischen Teil sei auch der „praktische Teil gut herausgekommen“. Mit diesen guten Bewertungen wird das Thema durch das KPV-Bildungswerk auch sicherlich im nächsten Jahr wieder aufgegriffen werden. Bis dahin anfallende Anfragen werden durch die Hessische Akademie für politische Bildung bedient. (www.hess-akademie.de)

Neue Mitglieder im KPV-Landesvorstand



Stephan Gieseler – Seit Juli Direktor Hessischer Städtetag

Er ist zwar kein gebürtiger „Dietzebäcker“, aber gewachsener Dietzenbacher mit Herz und Verstand ist Stephan Gieseler allemal. Er und seine Lebenspartnerin Katja Dinges sowie seine Eltern Monika und Helmut sind engagierter Teil der Dietzenbacher Gesellschaft. Stephan Gieseler wurde 1967 in Lauterbach/Hessen geboren und 1974 in Alsfeld eingeschult: Im Jahre 1975 zogen er und seine Eltern nach Dietzenbach um, wo er seine Schulausbildung 1987 mit dem Abitur beendete. Anschließend leistete er in Braunschweig seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr ab. 1990 begann Stephan Gieseler sein Jurastudium an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt und legte im Jahre 1995 sein Erstes Juristisches Staatsexamen ab. Seine politische Laufbahn begann 1990 mit dem Eintritt in die CDU Dietzenbach, und

bereits 1993 zog er als jüngster Stadtverordneter ins Dietzenbacher Stadtparlament ein, wurde Vorsitzender der Jungen Union Dietzenbach sowie stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins. 1995 übernahm er den CDU-Fraktionsvorsitz und wurde Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Klaus Lippold, weiterhin war er Mitglied im Kreisvorstand der Jungen Union Offenbach-Land. 1997 folgte das Zweite juristische Staatsexamen und die Anstellung als Verbandsjurist beim Arbeitgeberverband Hessen Metall. 1999 trat er als Partner in die Anwaltskanzlei Marquart und Homberg ein und wurde bei der Energieversorgung Offenbach AG im Bereich Personal und Recht eingestellt. Bei der CDU Dietzenbach übernahm er den Parteivorsitz. Im Jahre 2001 wurde Stephan Gieseler im zweiten Wahlgang mit 50,5 % zum Dietzenbacher Bürgermeister gewählt, bei seiner Wiederwahl 2006 erhielt er im ersten Wahlgang 72,3 % der abgegebenen Stimmen.



Paul Sassen – Seit Juni Referent für Kommunalpolitik in der Jungen Union Hessen

Gern möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen, mich als kürzlich gewählter Referent für Kommunalpolitik der Jungen Union Hessen bei Ihnen privat und politisch vorzustellen. Ich bin 22 Jahre alt und stamme aus der schönen Schlossstadt Heusenstamm. Ich studiere momentan im 6. Semester Wirtschaftsingenieurwesen (technische Fachrichtung Maschinenbau) an der TU Darmstadt.

Zur Bundestagswahl 2002 bin ich in die Junge Union eingetreten und wurde vor ein paar Jahren folgerichtig auch CDU-Mitglied. 2005 wurde ich in den Kreisvorstand der JU Maingau (ehem. Offenbach-Land) gewählt und übe bis heute das Amt des Kreisgeschäftsführers aus. Parallel leite ich den JU-Stadtverband in Heusenstamm seit 2006 und kann aus dieser Position heraus in der örtlichen CDU mitwirken.

Dass Politik nicht nur mühselig und langweilig ist, sondern viel Freude, neue

Erkenntnisse und bereichernde Erfahrungen bringen kann, durfte ich über die letzten Jahre immer wieder erleben. Ich habe viel Spaß daran gefunden und umso mehr freue ich mich nun auf meine zukünftigen Aufgaben als Kommunalpolitischer Referent im Landesvorstand. Hervorstechen wird sicherlich die Planung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes der Jungen Union zur Kommunalwahl 2011. Hier besteht wieder die Chance, viele Vertreter der jungen Generation in den kommunalen Parlamenten mit einzubinden; so entsteht Verpflichtung und Motivation zur politischen Mitarbeit zugleich. Die Union hat in meinen Augen – und dabei spielt die JU eine besondere Rolle – noch viel ungenutztes Potential, junge Menschen für Politik zu begeistern. Hierfür liegen die Berührungspunkte zu aller erst vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden, also nah bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Ich bin gespannt auf die nächsten Wochen und Monate und freue mich sehr auf eine gute und interessante Zusammenarbeit mit Ihnen allen!

Sicher präsentieren – politische Wirkung erzielen

Autor: Alexander Zell, Geschäftsführer Hessische Akademie für politische Bildung e.V.

Vom Management kann man nicht erwarten, dass es eine gute Idee erkennt, solange es ihm nicht von einem guten Verkäufer präsentiert wird.

David Ogilvy (1911-99), amerikanischer Werbefachmann



Inhalte müssen attraktiv, griffig und überzeugend präsentiert werden. Und das in möglichst kurzer Zeit. Die professionelle Präsentation rückt die Interessen der Zuhörer in den Vordergrund, vereinfacht komplizierte Informationen und bringt Inhalte schnell und prägnant auf den Punkt. Ein sicherer Auftritt und der souveräne Umgang mit den (Hi-tech) Medien sind dabei absolute Voraussetzung für den Erfolg. All dies können Teilnehmer bei den verschiedenen Präsentationsseminaren der Hessischen Akademie für politische Bildung e.V. lernen und üben. Im Folgenden stellen wir Ihnen einige ausgewählte Beispiele vor.

gewichtet werden. Zuhörer haben ein natürliches Bedürfnis nach einer Struktur. Sie wollen das, was sie hören, in einen größeren Rahmen setzen können. Das gelingt durch Strukturierung. Eine klare Struktur macht eine Präsentation verständlicher. Der Ablauf ist in der Regel grundsätzlich gleich: Erst erfolgt ein Vortrag mit Medienunterstützung, danach können die Zuhörer Fragen stellen, das Thema wird diskutiert und dann erfolgt eine Zusammenfassung. Lange Präsentationen sind ermüdend. Untersuchungen zeigen, dass bereits nach wenigen Minuten die Konzentration der Zuhörer zu sinken beginnt. Länger als 45 Minuten sollte die Präsentation in keinem Fall dauern.

Die Menge der für uns wichtigen Informationen wächst ständig. Information wird heute neben Kapital, Arbeit und Boden als vierter Produktionsfaktor gehandelt. Zusätzlich wird Zeit immer knapper. Unser Umfeld ist äußerst komplex geworden, es gibt bei jeder Entscheidung viel mehr zu bedenken als früher. Und die Entscheidungen müssen schnell getroffen werden. Zu den neuen Rahmenbedingungen gehören nicht nur die Informationslawine und der Zeitdruck, sondern auch unser verändertes Lernverhalten: War früher das gedruckte Wort die wesentlichste Informationsquelle, so sind es heute die audiovisuellen Medien.

Gelungene Präsentationen sind die Weichen für den Erfolg

Präsentationen entscheiden über die Erfolgchancen von Projekten, Produkten und Konzepten. Selbst die beste Idee gewinnt erst durch gelungene Kommunikation:

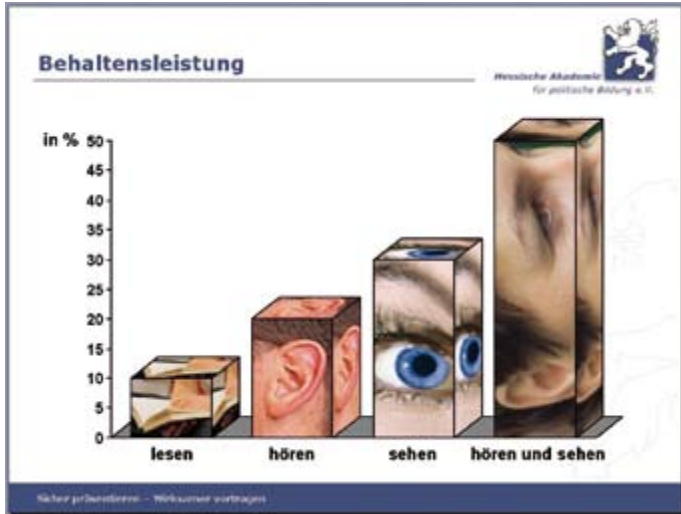
Präsentation: informieren, überzeugen, motivieren

Ziel einer Präsentation ist es, eine Zielgruppe zu informieren oder zu überzeugen. In dieser Zielsetzung stecken zwei wichtige Gedanken für die Vorbereitung einer Präsentation: Erst muss man sich über seine Ziele klar werden, dann über die Zielgruppe, deren Einstellung, Vorstellungen und Interessen. Abhängig davon, ob das Ziel der Präsentation „Informieren“ oder „Überzeugen“ ist, geht es im nächsten Schritt darum, Inhalte bzw. Argumente zu sammeln. Wenn dies geschehen ist, müssen die Inhalte in eine Reihenfolge gebracht und die Argumente

Visualisierung: anschaulich, glaubwürdig, emotional

Visualisierung nützt wenig, wenn der Inhalt nur schwer nachzuvollziehen ist. Deshalb ist die Verständlichkeit wichtig. Dasselbe gilt für den roten Faden und die einfache Strukturierung. Dies sind Voraussetzungen, damit die Botschaft leicht aufgenommen und wieder abgerufen werden kann.





Bilder werden mehr holistisch (holistisch = das Ganze betreffend) wahrgenommen. Wir sehen in ihnen eine Einheit und analysieren und kontrollieren sie bei der Informationsverarbeitung gedanklich sehr viel weniger als sprachliche Mitteilungen. Daran liegt es auch, dass Bilder so schnell rezipiert werden können.

Bilder werden verglichen mit Text besonders schnell und effizient, aber auch in der Kapazität praktisch unbegrenzt gespeichert. Bilder beeinflussen die Emotionen ihres Betrachters besonders stark. Sie wirken geradezu suggestiv und geben dem Betrachter nur wenig Chancen, sich ihren Informationen zu entziehen. Dazu liefern sie ihre Informationen oft auf eine äußerst subtile Art und Weise, indem viele wichtige Informationen nicht ganz zentral in der visuellen Kernaussage übermittelt werden, sondern mehr durch die im ausschmückenden bildlichen Beiwerk enthaltenen Informationen.

Bilder, so glauben die meisten Menschen, sind objektiv und werden nicht ohne weiteres der Manipulation verdächtigt. Sie werden im Allgemeinen mit großer Selbstverständlichkeit hingenommen und gelten mithin glaubwürdiger als Text. Bilder sind verglichen mit Text sehr anschaulich. Sie können viele räumliche Gegebenheiten, Zustände und Beziehungen darstellen, die sich eigentlich nur analog-bildhaft, zumindest in besondere Kürze und Prägnanz, darstellen lassen.

Neben einer klaren Strukturierung und

Ausdrucksmittel: Sprache, Sprechtechnik, Körpersprache

Als rhetorische Mittel stehen dem Vortragenden drei Ausdrucksmittel zur Verfügung: Sprache, Sprechtechnik und Körpersprache. Wissenschaftlichen Studien zufolge liegt der Einfluss der visuell wahrnehmbaren Körpersprache bei 55 Prozent, der Einfluss der Stimme bei immerhin 38 Prozent und der Einfluss der gesprochenen Worte lediglich bei 7 Prozent (vgl. Albert Mehrabian, amerikanischer Psychologe).

Eine gute Präsentation sollte Bilder in den Köpfen der Zuhörer schaffen. Eine solche Anschaulichkeit lässt sich ebenfalls durch sprachliche Mittel erreichen. Die beste Hilfe sind Beispiele. Sie ermöglichen es, den Zuhörern den Praxisbezug aufzuzeigen. Beispiele machen abstrakte Inhalte konkret und verständlich. Die Stimme von Vortragenden kann zu laut und damit unangenehm sein. Öfter kommt es allerdings vor, dass sie zu leise ist. Das kann für die Zuhörer sehr anstrengend sein. Die Lautstärke kann und sollte man genauso gezielt einsetzen wie die anderen Stimmmerkmale auch. Bei der Stimmlage, kann

einer attraktiven Visualisierung ist der richtige Einsatz verschiedener Medien wie Powerpoint, Metaplan-Wand, Flip-Chart oder Overhead-Projektor entscheidend für den Erfolg einer Präsentation.

man nicht viel falsch machen. Wichtiger ist die Variation der Tonhöhe, ob der Präsentator die Stimme hebt oder senkt. Die Körpersprache begleitet die inhaltlichen Aussagen und „kommentiert“ sie. Das wichtigste ist vielleicht der Blickkontakt mit den Zuhörern. Für die richtige Mimik und Gestik während des Vortrags gibt es eine ganz einfache Regel: Seien Sie natürlich.

Präsentation ist mehr als Rhetorik

Die Zuhörer wollen heute mehr als klingende Worte: Sie wollen Fakten, Zusammenhänge und Beispiele SEHEN. Die Übersetzung komplexer Inhalte in sichtbare Zusammenhänge erfordert eine neue Art des Denkens und der Verarbeitung. Die Umsetzung dieser vorerst gedanklichen Bilder in Folien etc. verlangt vom Präsentator ein zumindest grundsätzliches Wissen über die heutigen Produktionstechnologien. Schon in der Vorbereitungsphase muss er wissen, welche Ideen wie schnell und um welchen Preis realisierbar sind.

Präsentation ist kein Selbstzweck. Sie ist auch insofern kein Kunstwerk, als Sie selbst kein Künstler zu sein brauchen, sondern eher ein phantasievoller Handwerker. Das Handwerkliche der Präsentation ist Gegenstand der verschiedenen Seminare bei der Hessischen Akademie für politische Bildung. Darin finden Sie Strategien, Techniken und Rezepte, die Sie selbst im Alltag verwirklichen können.

Visualisierung - Grundregeln

- › Die Botschaft muss verständlich sein.
- › Der rote Faden muss erkennbar sein.
- › Die Darstellung muss einfach strukturiert sein.
- › Die Botschaft soll im Gedächtnis haften.

Kommunale Integrationspolitik messbar gestalten

Autor: Stefan Spallek, Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration, Wiesbaden



Die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden ist bundesweit für ihre Vorreiterrolle im Bereich der Integrationspolitik bekannt. Nicht zuletzt vor allem auch durch die deutschlandweit einzigartige „Integrationsvereinbarung“. Diese stellt aber nur einen Baustein der breit gefächerten Integrationsarbeit der Stadt dar. Fundamental ist hier auch das seit 2004 laufende „Monitoring zur Integration“.

Langjährige Erfahrungen im Bereich der Integrationspolitik

Die Stadt Wiesbaden hat auf dem Handlungsfeld Integrationspolitik frühzeitig reagiert. Seit Oktober 2001 gibt es das „Einwohner- und Integrationsamt“, das die Aufgaben der Meldestelle, des Einbürgerungswesens und der Ausländerbehörde zusammenfasst und eine zentrale Anlaufstelle für Deutsche und Migranten darstellt. 2004 wurde dann das Integrationskonzept, welches Grundvoraussetzungen, Leitlinien, Ziele, Verfahren und wichtige Handlungsfelder für die Integrationsarbeit der Stadt beschreibt, mit breiter Mehrheit durch die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Das „Monitoring zur Integration“ ist ein elementarer Bestandteil dieses Integrationskonzeptes.

Das Monitoring verfolgt das Ziel, den Stand des Integrationsprozesses und seine Entwicklung regelmäßig aufzuzeigen und zu interpretieren. Somit soll erkennbar gemacht werden, wo Integrationsmaßnahmen erfolgreich greifen und in welchen Bereichen noch Defizite bestehen. Es stellt somit ein Frühwarnsystem dar, um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, die im Rahmen des kommunalpolitischen Handlungsfeldes ergriffen werden können. Es dient aber zeitgleich auch als Controllinginstrument, um den strategischen Handlungsrahmen der Kommune zu steuern.

Indikatoren und Kennzahlen

Das Monitoringsystem wurde durch das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung entwickelt, welches auch die jährliche Aktualisierung und die konzeptionelle Arbeit bezüglich der Kennzahlen leistet. Alle Indikatoren und ihre Kennzahlen werden einmal jährlich in komprimierter Form als Integrationsbericht Politik und Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Der Stand und die Entwicklung der Integrationspolitik werden in vier Dimensionen gemessen: strukturelle, soziale, kulturelle und identifikatorische Integration.

Die strukturelle Integration wird gemessen anhand folgender Indikatoren:

Rechtliche Integration (Aufenthaltssicherheit, Einbürgerungsanspruch)

Integration in das Bildungssystem (Kindergartenbesuch, Gymnasialbesuch, Schulerfolg, Berufseinmündung)

Integration in den Arbeitsmarkt (Qualifikation, geringfügige Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit)

Integration in den Wohnungsmarkt (Segregation)

Die kulturelle Integration wird gemessen anhand folgender Indikatoren:

Werteannäherung (Geburtenrate, Fünf- und mehr Personenhaushalte)

Spracherwerb (Sprachkenntnisse bei Migrantenkindern)

Die soziale Integration wird gemessen anhand folgender Indikatoren:

Aufenthaltsdauer und Zugehörigkeit zur zweiten Ausländergeneration

Anteil bikultureller Familien

Sozialkontakte zwischen Deutschen und Ausländern

Die identifikatorische Integration wird lediglich anhand der Einbürgerungsrate gemessen.

Erfolge

Erste Maßnahmen konnten auf Grund des Monitorings zielgerichtet durchgeführt werden. So ergab eine Schuleingangsuntersuchung, dass 56% der ausländischen Jungen eines Jahrgangs aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht schulfähig waren. Die meisten waren nicht im Kindergarten gewesen. Daraufhin konnte die Stadt eine gezielte Werbekampagne für den Kindergarten starten und dafür auch die Imame in den Moscheen gewinnen.

Fazit

Das Monitoring der Stadt Wiesbaden ist ein guter Indikator, um den Erfolg von Maßnahmen im Bereich der Integrationspolitik zu messen. Es ermöglicht Politik und Verwaltung einen Handlungsbereich auszuleuchten und zu überwachen, der eine maßgebliche Rolle im kommunalpolitischen Spannungsfeld spielt.

Trotz allem können die gewählten Kennzahlen und Indikatoren die Realität aber nur beschränkt widerspiegeln. Eine genaue Messung des Erfolges von Integrationspolitik muss langfristig ausgelegt werden und reflektiert sich letztlich im gesellschaftlichen Miteinander.

60 Jahre Grundgesetz/20 Jahre Friedliche Revolution – Jubiläum Freiheit und Einheit



Der Magistrat/Kreisausschuss wird gebeten, in angemessenem Rahmen der Jahrestage 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Friedliche Revolution unter Einbeziehung unserer Partnerstädte/Partnerregionen eine Feierstunde/Jubiläumsfeier/Einheitsfest mit Zeitzeugen durchzuführen, um der Bedeutung der beiden Jahrestage für die Wiedervereinigung Deutschlands in angemessener Weise zu gedenken.

Begründung:

Die Verkündung des Grundgesetzes 1949 und der Mauerfall 1989 stehen in einem inneren Zusammenhang: Sie bilden die Grund-

lage des heutigen Deutschland, in dem freiheitliche Demokratie, staatliche Einheit und ein vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis zu allen Nachbarn und vielen Partnern stabil miteinander verbunden sind. Die Jahrestage dieser historischen Weichenstellungen sind Grund zur Freude und Anlass für eine würdige Feier.

Das Grundgesetz sollte ein Provisorium sein, weil niemand glaubte, dass die deutsche Teilung lange dauern würde. Deshalb wurde in der Präambel das „gesamte Deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Die Wiedervereinigung war immer Ziel

und Zweck der Gründung der Bundesrepublik und der Schaffung des Grundgesetzes. Zahlreiche gesellschaftspolitische Konflikte der Bundesrepublik wurden mit Hilfe des Grundgesetzes gelöst: Notstandsgesetze, Ostverträge, Wiederbewaffnung, Paragraph 218 oder Fragen der Verjährung und des Rückwirkungsverbots im Rahmen der Strafverfolgung von NS-Verbrechern und Mauerschützen sind nur einige Beispiele hierfür.

Aktuelle Umfragen ergeben, dass 75 % der Deutschen mit dem Grundgesetz als Verfassung zufrieden sind. Ungeachtet aller noch immer bestehenden Vorurteile und Unterschiede zwischen den Bürgern in Ost und West sollten wir das geglückte Zusammenwachsen des deutschen Volkes auch als Verdienst und Erfolg der hohen Akzeptanz verstehen, die sich das Grundgesetz über die Jahre bei den Bürgern erarbeitet hat.

Der 60. Jahrestag seines Inkrafttretens kann uns daher auch mit Stolz darüber erfüllen, dass wir mit unserem Grundgesetz die beste, freiheitlichste und demokratischste Verfassung haben, die jemals in Deutschland Geltung entfaltet hat.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR geschah nicht plötzlich, sondern in Folge einer Entwicklung, die mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Der Fall der Mauer ist das Ergebnis der stetig wachsenden Protest- und Oppositionsbewegung, in deren Rahmen beispielsweise schon im Januar 1989 Hunderte von Menschen in Leipzig für Meinungsfreiheit demonstrierten.

Nutzen wir dieses Jubiläumsjahr, um uns zu erinnern, wovon wir uns 1989 aus eigener Kraft befreit haben. Nutzen wir es auch, um uns unserer demokratischen Leistungen bewusst zu werden. Der Jahrestag 2009 bietet eine Chance sowohl zur Selbstvergewisserung als auch zur Aufklärung der Nachgeborenen und derer, die den demokratischen Aufbruch selbst nicht miterlebten.

„Best Partner der Jugendverbände“ - Ehrung durch den Hessischen Jugendring

Holger Bellino für seine Verdienste um die Jugendverbandsarbeit geehrt



Der Neu-Anspacher CDU-Landtagsabgeordnete und KPV-Schatzmeister Holger Bellino wurde Anfang Juni auf dem Hessentag in Langenselbold vom Hessischen Jugendring für seine Verdienste um die Jugendverbandsarbeit ausgezeichnet. Bellino sei, so Stefan Haid, Vorsitzender des Jugendrings, ein „verbindlicher, zuverlässiger und engagierter Partner der Jugendarbeit, der sich konsequent für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzt“. Haid hob insbesondere Bellinos Verdienste um die Förderung der außerschulischen Jugendbildung und sein Engagement für die Jugendverbände hervor. Der Preis in Form einer Urkunde wurde anlässlich einer Bühnenpräsentation der Jugend-

verbände in der Landesausstellung des Hessentags übergeben.

Die Ehrung „best Partner der Jugendverbände“ wird vom Vorstand des Hessischen Jugendrings in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben. Ziel dieser Ehrung ist es, jemanden auszuloben, der sich besonders engagiert hat für die Belange und Interessen der Kinder und Jugendlichen in Hessen.

Bellino, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, war viele Jahre verantwortlich für die Jugendpolitik der Fraktion. Der CDU-Politiker ist als Orts- und stellvertretender Kreisvorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes ehrenamtlich aktiv.

Ralf-Norbert Bartelt: „Förderung der Bereitschaft zur Organspende muss weiter intensiviert werden“ - Organspenden retten Menschenleben



Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Ralf-Norbert Bartelt, hat eine breite Initiative zur Erhöhung der Bereitschaft zur Organspende angeregt. „Wir müssen gemeinsam für Organspenden werben und das Bewusstsein der Menschen weiter fördern, sich für einen Organspendeausweis zu entscheiden. Jede Organspende nach dem Tod rettet Menschenleben, und jeder kann selbst in eine Situation kommen in der er betroffen ist“, betonte Bartelt. Er begrüßte, dass die Landesregierung bisher schon mit der „Initiative Organspende Hessen“ die Spendebereitschaft fördere. „Dieses Engagement müssen wir konsequent weiter fortsetzen und ausbauen.“

Bartelt spricht sich deswegen für eine Intensivierung der bisherigen Initiative zur Förderung der Spendenbereitschaft in Hessen

aus. Die Menschen müssen über das Thema Organspende besser informiert werden. Man muss den Menschen die Angst nehmen und hier insbesondere auf die strengen gesetzlichen Vorschriften und Verfahren zur Feststellung des Hirntodes hinweisen, denen potenzielle Organspender unterliegen.“ Er sei sich sicher, so der Gesundheitspolitiker weiter, dass die Bereitschaft der Menschen zur Organspende steige, wenn ausführlicher informiert und vorhandene Unsicherheiten beseitigt würden. Dazu müsse man weiter und verstärkt auf Transplantationsbeauftragte zurückgreifen, die in Krankenhäusern über die Chancen und Möglichkeiten der Transplantationsmedizin sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen aufklären. In den Krankenhäusern werde dadurch die organisatorische Infrastruktur für den Fall einer Organspende verbessert, so Bartelt abschließend.

KPV-Service

Juristische Gutachten



Haben Stadtverordnete ein Recht auf Auskunft direkt von einem städtischen Bediensteten?

Nach § 50 Abs. 2 Satz 5 HGO ist der Gemeindevorstand verpflichtet, Anfragen der Gemeindevertreter zu beantworten. Sie haben das Recht auf Auskunft gegenüber dem Gemeindevorstand. Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde (§ 71 Abs. 1 Satz 1 HGO). Erklärungen werden in seinem Namen durch den Bürgermeister oder dessen allgemeinen Vertreter, innerhalb der einzelnen Arbeitsgebiete durch die dafür eingesetzten Beigeordneten abgegeben. Der Gemeindevorstand kann auch andere Gemeindebedienstete mit der Abgabe von Erklärungen beauftragen (§ 71 Abs. 1 Sätze 2 und 3 HGO). In der betroffenen Stadt hat es sich der Bürgermeister ausdrücklich vorbehalten, dass er selbst diese Auskünfte erteilt. Das ist durchaus legitim und durch die vorgehend genannten Vorschriften gedeckt. Insofern ist aus rechtlicher Sicht nichts dagegen einzuwenden, wenn der Bürgermeister angeordnet hat, dass sich die Stadtverordneten ausschließlich an ihn wenden.

Wie muss ein amtierender Bürgermeister im Wahlkampf seiner Neutralitätspflicht nachkommen?

Ein sich zur Wiederwahl stellender Bürgermeister verletzt seine Neutralitäts-

pfligt grundsätzlich dann, wenn er gegen den Grundsatz der freien Wahl verstößt (§ 41 Satz 1 KWG i.V.m. § 1 Abs. 1 KWG). Dies ist dann der Fall, wenn er unzulässige Wahlbeeinflussung betreibt und damit einen Verstoß gegen die gemeindliche Neutralitätspflicht begeht, oder anders ausgedrückt, wenn dadurch der Wähler gehindert wird, seine Auswahl unter den Parteien bzw. Kandidaten nach seinen persönlichen Wertungen und von ihm unter normalerweise angelegten Maßstäben zu treffen (Schlempp, Kommentar zur HGO, § 29 Erl. XXV; VG Weimar, Urt. v. 30.11.2005 -6 K 6134/04 We). Eine Verletzung der Neutralitätspflicht in dieser Weise hat die Rechtsprechung, insbesondere die des Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 44, S. 125 ff.), die analog auch auf die Kommunalwahlen anzuwenden ist, in der Öffentlichkeitsarbeit während der Vorwahlkampfzeit (6 Wochen vor der Wahl) angenommen, wenn parteiergreifend für einen Kandidaten Stellung genommen wird. Diese Voraussetzung ist etwa dann gegeben, wenn Veröffentlichungen in Amtsblättern erscheinen, die eine unzulässige Wahlwerbung, etwa in Form von Leistungs-, Arbeits- und Erfolgsberichten, darstellen. Öffentlichkeitsarbeit darf auch nicht durch Einsatz öffentlicher Mittel den Parteien oder dem Kandidaten zugute kommen (VG Weimar, a.a.O.).

Die Vorstellung des konkreten Amtsinhabers auf der Homepage geht über die Schilderung des beruflichen Werdeganges nicht hinaus, ja selbst die Erwähnung seiner beruflichen Stellung als Bürgermeister ist nicht zu beanstanden, denn auch der zur Wiederwahl antretende Bürgermeister darf im Wahlkampf von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen und somit auf seine berufliche Herkunft Bezug nehmen, wie jeder andere Bürger auch (VG Weimar, a.a.O.). Der Hessische VGH (Urt. vom 22.9.2005 – 8 UE 609/05 – abgedruckt in NVwZ 2006,610,611) hat es sogar als zulässig angesehen, dass auf einem Stimmzettel die Berufsbezeichnung „Bürgermeister“ unbedenklich sei und keine Verletzung der Neutralitätspflicht darstelle.

Die Darstellung des Amtsinhabers zu seiner bisherigen Arbeit unter dem Stichwort „Wofür ich stehe“ erfüllt nicht den Tatbestand eines Leistungs-, Erfolgs- oder Arbeitsberichtes in einem offiziellen Organ der Gemeinde. Sollte sich freilich im Verlauf des weiteren Wahlkampfes herausstellen, dass der Bürgereister ein gemeindliches Organ benutzt, um seine Leistungen herauszustreichen, dann wäre dies unerlaubte Wahlbeeinflussung. Ich zitiere aus dem Urteil des VG Weimar:

„In der heißen Phase des Wahlkampfes besteht deshalb ein striktes Verbot jeglicher mit Haushaltsmitteln betriebenen Öffentlichkeitsarbeit in Form von Arbeits-, Leistungs- oder Erfolgsberichten...“

Ein Unterlassungsanspruch auf Grund des § 1004 BGB oder aus § 823 Abs. 1 BGB müsste geprüft werden. § 823 Abs. 1 BGB schützt die Freiheit des Wählers vor Eingriffen in seine Willensfreiheit, insbesondere bei Verbreitung von Unwahrheiten und insofern wäre ein Anspruch Unterlassung bei Wiederholungsgefahr gegeben und würde auch zu einer Abmahnung berechtigen. Ein Anspruch aus § 1004 BGB käme dagegen nicht in Betracht, weil ein Eingriff in das Eigentum nicht vorliegt. Aktiv legitimiert wäre jeder Bewerber um die Wahl des Bürgermeisters, denn ihm steht auch das Recht zu, im nachhinein gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch zu erheben (§ 49 Satz 1 KWG).

Hintergrund

Juristische Gutachten

Als Mitglied im KPV Bildungswerk e.V. erhalten die Fraktionen kostenlose juristische Stellungnahmen unseres Gutachters Dr. Norbert Rücker.



Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle unter Telefon 0611/1665-519 oder Fax 0611/1665-482.

Interessante Internetseiten

www.staufreieshessen2015.de

Mobilität ist eines der großen Zukunftsthemen für Hessen. Sowohl unter wirtschaftlichen und ökologischen als auch unter sozialen und kulturellen Aspekten gilt dieser Aufgabe unsere ganze Aufmerksamkeit. Denn für ein Transitland wie Hessen im Herzen von Deutschland und Europa sind Mobilität und Logistik nicht nur nachhaltige Wirtschaftsfaktoren, sondern Synonyme für eine moderne und fortschrittliche Gesellschaft.

Hessen hat sich daher mit dem 2003 gestarteten Projekt „Staufreies Hessen 2015“ das Ziel gesetzt, für eine stetige Verbesserung des Verkehrsflusses auf Hessens Straßen zu sorgen.

Die Staufrei-Initiative ist bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte. Trotz steigendem Verkehrsaufkommen im Transitland Hessen und einem nicht unbegrenzt möglichen Ausbau der bestehenden Infrastruktur, ist es in einem kurzen Zeitraum gelungen, die Stauzeiten auf hessischen Autobahnen deutlich zu reduzieren und damit Sicherheit und Verfügbarkeit zu steigern. Das beweist: Durch Ideenreichtum und Innovationsfreude lässt sich viel bewegen.

Die Internetseite bietet eine Übersicht über aktuelle Entwicklungen und Prognosen, sowie Verkehrsmeldungen (inkl. aller Baustellen in Hessen) und eine Dokumentation des gesamten Projektes. Besonders iznteressant dürfte für viele Nutzer der Live-Stream aller Hessischen Autobahnen sein, der mittels mehrerer Web-Cams auf die Seite übertragen wird.



www.dadalos-d.org

Der internationale Bildungsserver D@dalos wird von der UNESCO finanziert. Zu den namhaften Sponsoren zählen zum Beispiel das Auswärtige Amt und verschiedene Stiftungen. Das Portal wurde ursprünglich für Lehrkräfte und Multiplikatoren in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens erstellt, stellt aber auch eine Homepage in deutscher Sprache zur Verfügung.

Wer sich als Lehrkraft im Schulunterricht mit Demokratie und Menschenrechten beschäftigen möchte, findet hier einen reichen Materialien- und Linkschatz. Zu folgenden Themen gibt es kostenlose Unterrichtsmaterialien im Internet: Menschenrechte, Vorbilder, Demokratie, Parteien und Europa.

Eine Grundkurssequenz führt in einen Themenkomplex ein. Vertiefungsthemen beleuchten einzelne Aspekte des Themas. Das Online-Angebot ist sehr übersichtlich geordnet, die Navigation sehr einfach und leicht verständlich aufgebaut. Der Themenkomplex „Demokratie“ z.B. ist in verschiedene Kurse gegliedert, die wiederum aus Glossaren, Linklisten, Texten und Schaubildern bestehen.

Die Quellen eignen sich für die eigenständige Recherche der Schülerinnen und Schüler, zur Vorbereitung auf Referate oder zur arbeitsteiligen Gruppenarbeit.

Neben den kostenlosen Dokumenten gibt es auch eine Reihe kostenpflichtiger Produkte, die über den Bildungsserver bezogen werden können.



www.innovative-verwaltung.de

Die Fachzeitschrift "Innovative VERWALTUNG" bietet die neuesten Entwicklungen, innovativsten Konzepte und aktuellsten Trends in den Verwaltungen sowie Berichte, Tipps und Tricks aus den persönlichen Erfahrungen von Verwaltungsexperten.

Der kommunale Sektor bildet seit jeher einen Schwerpunkt in der Berichterstattung. Seit über 30 Jahren berichtet die „Innovative Verwaltung“ über die Themenbereiche Organisation, Personal, Finanzen, Informations- und Kommunikationstechnik. Weitere Inhalte sind Themen wie Consulting, E-Learning, E-Health, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt. „Innovative VERWALTUNG“ wird geprägt durch eine breite Autorenschaft der öffentlichen Verwaltung, der Wissenschaft und den Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der größte Pluspunkt ist nach Aussage der Leserinnen und Leser die verwaltungsspezifische Themenauswahl und die inhaltliche Qualität der Beiträge.

Die Internetseite der Fachzeitschrift bietet eine reichhaltige Sammlung an Artikeln zu den Themen E-Government, Beschaffung, Consulting und Wirtschaftlichkeit. Die Rubrik „Services“ informiert über Termine, Buchtipps und nützliche Links, rund um die kommunale Verwaltung. Ein Newsletter der Internetseite informiert monatlich über aktuelle Trends im Verwaltungsmanagement.

Die Fachzeitschrift „Innovative Verwaltung“ selbst, erscheint 10mal pro Jahr und kann für 149,00 EURO abonniert werden.



Konservatismus

Der Konservatismus ist eine der wichtigsten politischen Strömungen der Moderne und prägt das politische Denken seit mehr als 200 Jahren. In diesem Buch wird der Konservatismus auf knappem Raum klar und verständlich vorgestellt.

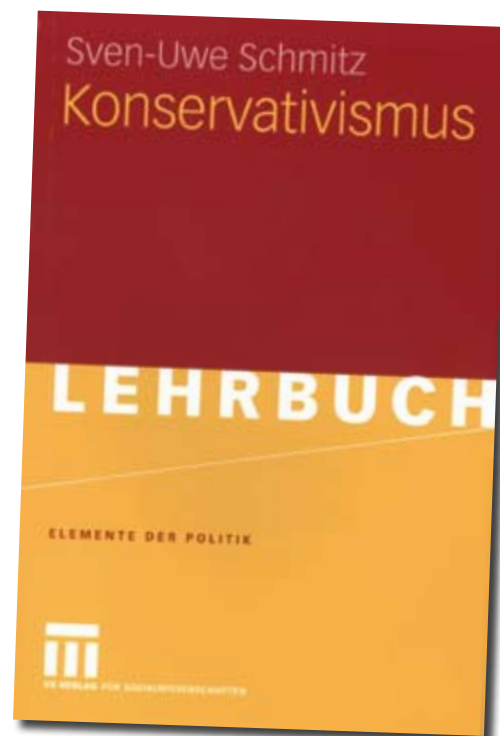
Das Buch „Konservatismus“ von Sven-Uwe Schmitz stellt zunächst systematisch das Selbstverständnis Konservativer dar: Ihre Auffassungen vom Sein, von der Gesellschaft, vom Staat, von Politik, vom Menschen und von der Wirtschaft. Es folgt eine Ideengeschichte des Konservatismus: Vom anti-absolutistischen Konzept der „societas civilis“ über den aufklärungsskeptischen Früh-Konservatismus eines Justus Möser (1720-1794) bis zum Anti-Revolutionismus eines Wilhelm August Rehberg (1757-1836).

Im zweiten Teil des Buches geht es um den Konservatismus als politische

Bewegung: Von den Anfängen während der Restauration (1815-1830) über die konservative Publizistik im Vormärz (1830-1847) bzw. den konservativen Vereinen und Fraktionen im Revolutionsjahr 1848 bis hin zu den konservativen Parteien im Kaiserreich: Den Freikonservativen ab 1867 und den Deutschkonservativen ab 1876. Das Buch endet mit Fragen nach dem konservativen Gehalt im Widerstand gegen Hitler, in der CDU bzw. jenseits von Parteien und wagt schließlich einen Ausblick.

Ausnahmsweise wurde das Buch nicht von einem Gegner des Konservatismus geschrieben; der Autor ist Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Wiesbadener Rathaus.

Das Buch ist im VS Verlag, Wiesbaden erschienen und kostet 16,90 EURO. Es kann unter www.vs-verlag.de bestellt werden (ISBN: 978-3-531-15303-2).



Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

Datenschutzgerechtes Handeln in den Kommunen setzt die Beachtung einer Fülle rechtlicher Vorgaben voraus. Diese Arbeitshilfe bietet einen systematischen und übersichtlichen Blick auf das für die Kommunen relevante Datenschutzrecht. Sie beantwortet konkrete Fragen, die im täglichen Umgang öffentlicher Stellen mit datenschutzrelevanten Themen auftreten, etwa zu Telearbeit, Videoüberwachung oder Umfragen. Behandelt werden darüber hinaus unter anderem bereichsspezifischer Datenschutz am Beispiel des Sozialdatenschutzes, der Zusammenhang zwischen Geheimnisschutz und Datenschutz, Datenschutzaspekte rund um die Kommunikationsmittel Telefon, E-Mail und Internet sowie einschlägige Fragen des Beschäftigten-datenschutzes. Schließlich ist dem

öffentlichen Informationszugangsrecht, das bereits auf Bundesebene und in der Hälfte der Länder das Datenschutzrecht ergänzt, ein ausführliches Kapitel gewidmet. Umfangreiche Checklisten und Muster erleichtern die Gestaltung datenschutzgerechter Arbeitsabläufe in der kommunalen Praxis.

Martin Zilkens verfügt als behördlicher Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Düsseldorf über langjährige praktische Erfahrung. Er ist ein durch zahlreiche Fachveröffentlichungen ausgewiesener Experte und gefragter Referent bei überregional bedeutsamen Fortbildungsveranstaltungen.

Das Buch ist im DIFU-Verlag erschienen und kostet 28,00 EURO. Es kann unter www.difu.de/publikationen/ bestellt werden (ISBN 978-3-88118-468-7).



*Erfahrung vermitteln,
Kompetenz schaffen!*



Terminankündigung

Das Bildungswerk der kommunalpolitischen
Vereinigung lädt ein:

Bürgermeisterkonferenz

Datum: Freitag, 9. Oktober 2009

Zeit: 10:00 – 13:00 Uhr

Ort: Sportschule des Landessportbundes, Frankfurt

